



Barbara Steinemann
Juristin, Kantonsrätin SVP
Watt

Integration als Selbstzweck

Vor einigen Wochen hat ein deutscher Bundesbanker ausgesprochen, was Umfragen zufolge die allermeisten Deutschen denken, aber dem Gebot der political correctness zuwiderläuft und daher eigentlich gar nicht gesagt werden dürfte: Dass sich massenweise Migranten insbesondere in Berlin zu Almosenempfängern degradiert haben, keine Anstalten zu einem selbstbestimmten Leben zeigen und mit unserer Gesellschaft grundsätzlich nicht klarkommen. Seine markigen Worte brachten ihm zwar Klagen wegen Volksverhetzung ein, die Realität stand sachlichem Widerspruch so sehr entgegen, dass eine tabufreie Debatte nicht mehr vermieden werden konnte.

Jenseits der bereits einige Wochen alten Diskussion und von der Öffentlichkeit unbehelligt, haben sich in der Schweiz zwei Institutionen namens „Haus der Kantone“ und „Tripartite Agglomerationskonferenz“, bestückt mit Personen aus Kantons- und Städteverwaltungen, zusammengefunden, die sich bemüssigt fühlen, sich dem Thema Integration anzunehmen. Sie betrachten die bisher unternommenen Anstrengungen als sträflich vernachlässigten Missstand und sehen sich als Lösung aller angeblichen Defizite. Ihre Leitlinien könnten getrost ignoriert werden, da die Urheber vor allem für sich allein sprechen, wenn sie nicht all jene Stellen besetzen würden, mit denen sie ihre Theorien in die Realität umzusetzen vermögen.

Das Resultat ist eine einseitige Beschenkung der Zuwanderer ohne Gegenleistungen. So müsse der „Zugang zu staatlichen Leistungen“ und die „interkulturelle Kompetenz der Verwaltung im Umgang mit der Migrationsbevölkerung“ institutionalisiert werden. Denn mangelnde interkulturelle Kompetenz könne erhebliche Verständigungsschwierigkeiten und Diskriminierung nach sich ziehen. Damit auch völlig integrationsresistente Zuwanderer alle sozialen Leistungen voll abgreifen können, muss der behördliche Hinweis automatisch per Broschüre erfolgen. Die Leitlinie, wonach im Umgang

mit Behörden stets ein Dolmetscher bereitzustellen sei, könnte man als Beweis auffassen, dass die über Jahrzehnte mit Steuermillionen geputzte Integration gescheitert ist. Bürger ohne Migrationshintergrund wären schon zufrieden, wenn die Steuerverwaltungen etwas weniger dickköpfig oder die Verkehrspolizisten zahmer würden...

Die Tatsache, dass die Stimmbevölkerung erst vor fünf Jahren wieder die erleichterte Einbürgerung abgelehnt hat, steht gegenteiligen Empfehlungen nicht entgegen: Eine Einbürgerung sei nicht nur als Stufe der fortgeschrittenen Integration zu betrachten, sondern angeblich staatspolitische Notwendigkeit, da sich die Bevölkerung seit 1945 zu einem Viertel aus Zuwanderer rekrutiere. Raschere Erteilung der Niederlassungsbewilligung, zügigerer Familiennachzug, keine Einschränkungen mehr für vorläufig Aufgenommene und abgewiesene Asylbewerber, stärkere Ausrichtung der Lehrpläne auf die Migrationsproblematik inkl. Ausbildung des öffentlichen Personals, ja selbst Anti-Diskriminierungsgesetze sollen zur Vollendung der Vollkasko-Mentalität für die wachsenden Anteile der Versorgungsberechtigten bereitgehalten werden.

Könnte es sein, dass in der Schweiz nicht zu wenige, sondern zu viele Integrationshilfen angeboten werden – zulasten von Motivation und Mündigkeit der Zuwandernden, zugunsten einem boomenden Gewerbe aus Migrationsbefassten, Sozialarbeitern und Quartiersmanagern, die von den Problemen leben, zu deren Lösung sie angetreten sind? Die Integrationsindustrie ist bald ein Milliardenmarkt. Mit solchen Leitfäden und Richtlinien werden Tatsachen durch demokratisch nicht legitimierte Behörden geschaffen, die bei der Bevölkerung an der Urne nicht den Hauch einer Chance hätten. So aber machen die Verwaltungen Massen von Menschen zu dem, als was sie sie letztlich wieder bejammern können, nämlich zu sozial Schwachen.

Liebe Leserinnen und Leser

Bitte telefonieren Sie bei Unregelmässigkeiten (zuviel WOSPI oder gar keinen) unserer extra für diese Fälle eingerichteten Hot-Line zum Ortstarif 8 Rp./Min.

044 248 52 89

Verteilgebiet

Niederweningen • Schleinikon • Otelfingen • Dänikon • Boppelsen • Oberweningen • Schöfflisdorf • Regensberg • Weiach • Bachs • Steinmaur • Dielsdorf • Stadel • Neerach • Niederhasli • Watt • Rümlang • Oberglatt • Niederglatt • Höri • Hochfelden • Glattfelden • Kloten • Winkel • Bachenbülach • Bülach • Eglisau • Hüntwangen • Wasterkingen • Wil ZH • Rafz • Buchberg • Rüdlingen • Rorbas • Freienstein-Teufen

IMPRESSUM

Wochenspiegel Verlags AG

Herausgeber:

Andreas Mohler
mohler@wospi.ch

Redaktion:

redaktion@wospi.ch
eilers@wospi.ch

Reporterin: Rita Moser

UL-Assistentin/Buchhaltung:

Corinne Teuscher
teuscher@wospi.ch

Verlagsleiter:

Manfred Eilers, 044 863 72 04
eilers@wospi.ch

Inseratenberatung:

Sandra Zimmermann,
zimmermann@wospi.ch
Sandra Meister
meister@wospi.ch

Kolumnisten:

Béatrice Petrucco
Claudia Gut, Sandra Langenauer
Dölf Huber, Bernhard Boll

Produktion

Prepress:
Wochenspiegel Verlags AG
Feldstrasse 82
8180 Bülach
Telefon 044 863 72 00

Theo Richle, info@wospi.ch
Fax 044 863 72 01
Tel. direkt: 044 863 72 10

Druck:

ZDS Zeitungsdruck
Schaffhausen AG

Normalauflage: 37 106 Ex.

Grossauflage: 59 000 Ex.
(4 x pro Jahr)

Erscheint jeden Mittwoch

Inseratenannahmeschluss:

spätestens Montag, 16 Uhr

Farbdatenlieferung:

spätestens Montag, 14 Uhr

Agendaeinträge:

Freitag der Vorwoche, 11 Uhr

Textbeiträge/Eingesandte:

Mittwoch Vorwoche, 11 Uhr

